

Editorial



Foto: Weinwurm

Ich glaube nicht, dass am deutschen Wesen die Welt genesen wird, aber die deutsche Rente mit 67 ist natürlich eine andere Referenzgröße als unsere mit 65 oder 60“, meint Sozialexperte Bernd Marin, der mit flotten 67 Jahren erst kürzlich zum Rektor der Webster University in Wien berufen wurde.

Lag das Pensionsantrittsalter in den 1970er Jahren – nach einem 45-jährigen Erwerbsleben – noch bei 62 Jahren und die Bezugsdauer bei acht Jahren, so leben wir heute elf Jahre länger, gehen nach einem 38-jährigen

Viel Lärm um nichts

Erwerbsleben im Durchschnitt mit 59 Jahren in Pension und beziehen 22 Jahre lang eine Rente vom Staat. Bei einer derzeit steigenden Lebenserwartung von drei Monaten pro Jahr ist bei diesem Budgetposten mit Sicherheit keine Entlastung der heimischen Staatsausgaben in Sicht. „Allein die Anpassung des gesetzlichen Antrittsalters an das deutsche Pensionsantrittsalter würde den Schuldenberg enorm verkleinern“, ist Marin überzeugt.

Das Finanzloch, das die Pensionszahlungen ins Staatsäckel reißen, wird kontinuierlich größer. „Das Stopfen der Löcher im staatlichen Pensionssystem kostet derzeit 10,4 Milliarden Euro, so viel wie die Hypo Alpe Adria im Jahr“, rechnet Franz Schellhorn, Direktor des Thinktanks „Agenda Austria“, vor. „Zählt man noch die Ausgaben für die Beamtenpensionen des Bundes dazu, kommt man schnell auf eine Zahl jenseits der 20 Milliarden Euro, die jedes Jahr steigt.“

Jene Bürger, die auf eine echte Reform gehofft haben, wurden wieder einmal desillusioniert, doch der gelernte Österreicher hat inzwischen begriffen, dass sich in einem Wahljahr die Reformfreudigkeit einer Bundesregierung – egal welcher Couleur – in Grenzen hält. So wurde der angekündigte Pensionsgipfel lediglich zu einem Hügerl, was weder eine Systemumstellung bringt noch das Ende der Debatte mit einer nachhaltigen Lösung abschließt. Daher soll auch in nächster Zeit noch für Gesprächsstoff gesorgt sein.

Nach fünfständigen Verhandlungen zwischen Sozial- und Finanzminister wurde nun ein Paket geschmürt, das zumindest „die Diskussion für die laufende Legislaturperiode beendet hat und man einmal schauen will, wie sich die beschlossenen Maßnahmen auswirken“. Finanzminister Schelling konnte sich mit seinem Prestigeprojekt „Gerechtigkeitsmechanismus“ durchsetzen. Das Abweichen vom Kostenpfad muss in Zukunft einer neu geschaffenen Pensionskommission vorgelegt werden. Diese neue Pensionskommission soll – anders als die derzeitige, die nicht einmal eine Mehrheit über das Gutachten zur Entwicklung der Pensionskosten gefunden hat –, verschlankt und mit echten Experten versehen, für nachhaltige Reformen sorgen.

Beim Frauenpensionsalter wiederum hat Sozialminister Stöger die Parteilinie der SPÖ voll erfüllen können: Eine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters ist endgültig vom Tisch. Ob das allerdings für Frauen in Führungspositionen förderlich ist, sei dahingestellt. Das „Manko der Gebärfähigkeit“ macht Frauen neben jenem des früheren Pensionsantritts nicht gerade attraktiv für Spitzenjobs, die nicht nur mehr berufliches Ansehen, sondern in der Regel auch einen höheren Verdienst mit sich bringen. Tatsächliche Gleichberechtigung sieht wohl anders aus. Ein Zuckerl für die Ladys gibt's dennoch: Frauen, die länger im Arbeitsprozess bleiben, also vom 60. bis zum 63. Lebensjahr, wird ein Bonus in Form einer Halbierung der Pensionsversicherungsbeiträge angeboten.

Ohne die steigende Lebenserwartung mit einer Pensionsautomatik abzufangen, ist die Reform zum Reförmchen verkommen. Jener Bereich, für den die Politik als Dienstgeber direkt verantwortlich ist, nämlich der öffentliche Sektor, kam relativ ungeschoren davon, obwohl die monatlichen Bruttopensionen in diesem Bereich mit 3.331 Euro im Schnitt weiter über den ASVG-Höchstpensionen von brutto 3.296,90 liegen.

Also, viel Lärm um nichts, wenn man bedenkt, dass bereits vor elf Monaten eine Reform im Pensionssystem bei der Regierungsklausur vereinbart wurde. Diese Suppe ist sehr dünn ausgefallen. Oder sollte man sagen: Die Politik war schon einmal unterhaltsamer? Shakespeare hätte wohl mehr aus diesem Thema gemacht,

meint Ihre

Marie-Theres Ehrendorff
Chefredakteurin